



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

46. hét

2018.11.12.

## ZUSAMMENFASSUNG

- Cafeteria - und Lohnforderungen – Die Mehrheit der Gewerkschaften ist nicht für die Umgestaltung des Systems der geldwerten Leistungen, weil dadurch nach ihrer Darstellung die Relationen der Nettoeinkommen negativ beeinflusst werden, was somit ungünstig für die Arbeitnehmer wäre. Die Regierung vertritt den Standpunkt, dass die Lohnerhöhungen ein strategisches Interesse darstellen, wobei die gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Stimuli sicherstellen werden, dass die Einkommen weiter ansteigen.
- Ungarische Regierungsdelegation in China – Im politischen ebenso wie im wirtschaftlichen und kulturellen Sinne fand die Strategie der Ostöffnung auf der Chinesischen Internationalen Import Expo in Shanghai eine Bekräftigung. Ungarn nahm an der Großveranstaltung, zu der Delegationen aus 130 Staaten eintrafen, neben elf anderen Ländern als Ehrengast teil.
- Der Fidesz bleibt Mitglied der EVP – Auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei vergangene Woche in Helsinki wurde der dem christdemokratischen Flügel der Parteienfamilie zuzurechnende Manfred Weber mit 80 Prozent der Stimmen der Delegierten zum sog. Spitzenkandidaten der EVP für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Weber wurde auch vom Fidesz unterstützt, dessen durch den liberalen Flügel der Parteienfamilie angestrebter Ausschluss mit dem Erfolg des bayrischen Politikers nicht länger zur Debatte steht.
- Nationale Konsultation – Die ungarische Regierung wendet sich bereits zum achten Mal mit diesem Instrument des unmittelbaren Dialogs an die Staatsbürger. Die zehn Fragen des Fragebogens der Konsultation handeln von den Plänen gesellschafts- und familienpolitischer Maßnahmen der Regierung, reflektieren aber auch die Einwanderungsdebatte, die ein Hauptthema der im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Europaparlament bilden wird.

## WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

### ABWEICHENDE STANDPUNKTE DER REGIERUNG UND DER GEWERKSCHAFTEN IN DER SACHE DER CAFETERIA-LEISTUNGEN

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes MaSzSz, László Kordás, befürchtet bei anhaltenden zweistelligen Lohnerhöhungen in der Wettbewerbssphäre schon auf kurze Sicht aus dem öffentlichen Dienst abwandernde Arbeitskräfte. Der Plan, das System der geldwerten Leistungen zu reformieren, wurde in diesem Jahr von der Regierung ins Spiel gebracht, wobei die geplanten Veränderungen erhebliche Interessen berühren dürften.

Gleich mehrere Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, dass die Arbeitgeber die Cafeteria-Leistungen ganz einfach mit dem 1. Januar abschaffen werden, sollte der Gesetzgeber nicht zu einer Modifizierung der Steuergesetze für 2019 bereit sein. Wie eine Erhebung der Marktforschungsfirma BDO zeigt, möchte die Wettbewerbssphäre wegen des angespannten Wettstreits um die Arbeitskräfte die bislang offerierten geldwerten Leistungen nicht ersatzlos einstellen, die als Repräsentanten der Arbeitnehmer agierenden Gewerkschaften sehen dies jedoch zum Teil anders. So glaubt man bei den LIGA-Gewerkschaften, die Arbeitgeber seien gegenwärtig nicht imstande, die kompletten geldwerten Leistungen in den Bruttolohn einzubauen. Einen entgegengesetzten Standpunkt bezieht der Vorsitzende der Arbeiterräte, Imre Palkovics, für den der Staat die Selbstvorsorge beziehungsweise weitere gesellschaftspolitische Ziele mit anderen Instrumenten fördert, während die Arbeitnehmer an Stelle von Gutscheinen lieber höhere Löhne hätten.

Nach dem Standpunkt und der Zielstellung der Regierung liegt es im strategischen und wirtschaftspolitischen Interesse, dass die Löhne steigen, und nicht die in Gutscheinen gewährten Leistungen. Um dies zu stimulieren, soll das System der Cafeteria-Leistungen umgestaltet werden, flankiert von sinkenden Steuern auf den Arbeitslohn, einer fortgesetzten Senkung der Sozialabgaben der Arbeitgeber um zwei Prozentpunkte und durch den Start eines Programms steigender Gehälter im öffentlichen Dienst.

## WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### VIKTOR ORBÁN STIMMTE SICH IN SHANGHAI MIT CHINAS STAATSPRÄSIDENT XI JINPING AB

Die bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und China erfuhren in der vergangenen Woche einen neuerlichen Aufschwung. Der Ministerpräsident eröffnete auf der Chinesischen Internationalen Import Expo (CIIE) nicht nur persönlich den ungarischen Landespavillon, sondern bekräftigte zugleich gegenüber China die Strategie der Ostöffnung in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht.

Ungarn gehörte zu jenem Dutzend Ländern, die an der Großveranstaltung in Shanghai als Ehrengäste teilnehmen durften. Die ungarische Delegation verhandelte dabei nicht nur mit dem ersten Mann im Staate, sondern ebenso mit dem Spitzenmanagement von Huawei und Bank of China. Im Fokus der Gespräche standen das 70. Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sowie wirtschaftspolitische Fragen. Die ungarische Regierung bekräftigte, weitere sechs ungarische Handelszentren in China einzurichten. Vom nächsten Sommer an wird die siebtgrößte Fluggesellschaft der Welt, China Eastern, voraussichtlich wöchentlich vier Direktflüge zwischen Shanghai und Budapest anbieten.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kommt vor allem in den drei Dimensionen Investitionen, Landwirtschaft sowie Tourismus zum Tragen. Die verhandelnden Parteien hielten fest, dass China ein erstrangiger Handelspartner Ungarns und der zweitwichtigste Exportmarkt ist. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden nachfolgende Entscheidungen getroffen:

- das im vergangenen Jahr mit 2,8 Mrd. Dollar angesetzte Exportziel wird weiter hochgeschraubt,
- es werden Verträge hinsichtlich der Ausfuhr von Milch und Wein sowie zur Entwicklung von Sonnenkollektoren abgeschlossen,
- im Wert von 32 Milliarden Forint wird eine Investition der e-Automobilindustrie in Tatabánya verwirklicht.

Letztere Entwicklung berührt zugleich strategische Interessen, denn die Automobilindustrie ist die stärkste Branche der ungarischen Volkswirtschaft und benötigt innovative Investitionen. Die Investition der Doosan-Gruppe in Tatabánya ist auch deshalb wichtig, weil damit erstmals in Europa

die Herstellung der wichtigsten Komponenten für die zum Einsatz in Elektroautos bestimmten Batterien möglich wird.

## DIE MITGLIEDSCHAFT DES FIDESZ IN DER EVP IST NICHT IN GEFAHR

**Auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei vergangene Woche in Helsinki wurden die wichtigsten politischen Fragen beantwortet: So wurde die Frage um die Person des Spitzenkandidaten entschieden und gelangte die Angelegenheit der in Frage gestellten EVP-Mitgliedschaft des Fidesz von der Tagesordnung. Die Wahl von Manfred Weber zum Spitzenkandidaten belegt eine Stärkung des christdemokratischen Flügels der Volkspartei.**

Spitzenkandidat wurde der auch von Seiten der ungarischen Regierungspartei unterstützte Manfred Weber, ein Politiker der bayrischen CSU – von 621 abgegebenen Stimmen entfielen 492 auf seine Person –, während damit zugleich der Ausschluss des Fidesz von der Tagesordnung der EVP-Politiker gestrichen wurde. Der ungarische Ministerpräsident bekräftigte in seiner Rede auf dem Parteikongress jene Grundthese der Europapolitik seiner Regierung, wonach eine auf der Zusammenarbeit starker Nationalstaaten beruhende starke Europäische Union der einzige gangbare Weg für den alten Kontinent ist. Ein wichtiges Element des Beitrags des ungarischen Ministerpräsidenten war die Stärkung der Position von Manfred Weber. Weiterhin formulierte er mit Hinweis auf Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl im Kontext des Jahrestages des Berliner Mauerfalls dessen Gedanken, wonach es schon mal vorkomme, dass die Mitglieder der Familie nicht der gleichen Meinung sind, weshalb sie aber doch immer geschlossen auftreten.

## WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DIE ACHETE NATIONALE KONSULTATION AM START

**Die Bürger können bis zum 21. Dezember insgesamt zehn Fragen beantworten, die mit gesellschafts- und familienpolitischen Plänen der ungarischen Regierung zusammenhängen. Die mit Hilfe von Fragebogen vorgenommene Konsultation, die Einfluss auf das Handeln der Regierung nehmen kann und dieses formt, ist seit 2010 Bestandteil der Politik der Orbán-Regierungen.**

Die durch die zweite Orbán-Regierung eingeführte Institution der Nationalen Konsultation kann als erfolgreichstes Instrument des Politisierens in der ungarischen Innenpolitik der jüngsten Jahre

bezeichnet werden. Das hat seinen Grund darin, dass die Nationale Konsultation inmitten der vierjährigen Legislaturperioden den Staatsbürgern Gelegenheit bietet, in konkreten Themenbereichen unmittelbar ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der achte Fragenkomplex in dieser Reihe erlangt wegen der Thematik der Familienpolitik sowie wegen des Gewichts der herannahenden Wahlen zum Europaparlament eine herausragende Bedeutung. Nebenbei wird auf diesem Weg eine entsprechende Legitimation und ein Vorrat an Argumenten für die Regierung gegenüber ihren Kritikern gewährleistet.

Europaweit stellt der Bevölkerungsschwund, d. h. die ungünstige Entwicklung der Reproduktionsrate, ein grundlegendes Problem dar. Den für die Selbstreproduktion benötigten Mindestwert (2,1), also mindestens zwei Kinder in jeder Familie, weisen die Demographie-Kennziffern keines einzigen EU-Mitgliedstaates aus (Spanien: 1,34 / Griechenland 1,38 / Kroatien 1,42 / Italien 1,37 / Polen 1,39). Derweil gelang es in Ungarn, die Reproduktionsrate seit 2010 von 1,25 auf 1,5 zu steigern. Es ist seit langem ein Element der christlich-konservativen Ausrichtung der ungarischen Regierung, dieses Problem anzugehen: Sämtliche zehn Fragen des jetzt vorgelegten Konsultationsbogens sind darauf gerichtet, diese Übereinkunft zwischen der ungarischen Regierung und den ungarischen Staatsbürgern neuerlich zu bekräftigen. Die Maßnahmen der Familienpolitik befanden sich schon bislang im Fokus, nachdem sich innerhalb des Ministeriums für Humanressourcen ein eigenständiges Staatssekretariat mit dieser Frage befasst und die Regierung zahlreiche Maßnahmen einleitete, um das Erreichen der demographischen Wende zu befördern. So wurde beispielsweise das Wohnungsbauförderprogramm CSOK installiert, das 90.000 Familien mit 250 Milliarden Forint unterstützte, wurde das Kindergeld für Akademiker verlängert und das Pflegegeld für Kinder angehoben.

Dieser Aktionsplan sowie diese Lagebewertung laufen immer aufs Neue der in der EU als Mainstream anzusehenden Auffassung zuwider, wonach liberale, die Einwanderung unterstützende Politiker in der Migration jene Ressourcen sehen, mit denen die schwindende Bevölkerung in Europa ersetzt werden kann. Im Gegensatz hierzu lautet die familienpolitische Vision der ungarischen Regierung, dass sich die demographischen Probleme einzig aus internen Quellen, mittels Stimulierung der Bereitschaft der ungarischen Menschen zum Großziehen von Kindern bewältigen lassen.

## DIE GENEHMIGUNG DER ZÖLD HÍD NONPROFIT KFT. ZUR ABFALLENTSORGUNG WURDE ENTZOGEN

Die in 116 Ortschaften der Komitate Pest und Nógrád tätige Firma Zöld Híd verlor nicht nur ihre Betriebsgenehmigung, sondern auch den Co-Vorsitzenden des Leitungsgremiums, nachdem in den vergangenen zwei Wochen offen ein Skandal um die Müllabfuhr ausbrach. Die Angelegenheit ist nach Lesart aller Beteiligten von politischer Natur.

Die staatliche Abfallholding NHKV zog die Betriebsgenehmigung der Firma Zöld Híd ein und bat gleichzeitig die betroffenen Städte und Gemeinden, ihre Verträge mit der Firma aufzukündigen und sich mit einem anderen Dienstleister in der Abfallentsorgung zu verständigen, der über entsprechende Zertifikate der Abfallholding verfügt. Laut Stellungnahme der Firma Zöld Híd ist es das Ergebnis eines bewusst generierten Prozesses, die Firma finanziell in den Bankrott zu führen. Der die Stadt Gödöllő führende Oppositions-Bürgermeister György Gémesi trat aus diesem Grund von seiner Position als Vorsitzender der hinter dieser Firma stehenden Kommunalvereinigung zurück. Das Aufsichtsratsgremium der Firma Zöld Híd gelangte daraufhin zu der Feststellung, im Vergleich zum vorangegangenen Jahr fehlten 1,1 Milliarden Forint für die Bewirtschaftung. Für die Einstellung der Müllabfuhr gab es dennoch anderswo im Lande kein Beispiel: In keinem anderen Komitat und bei keinem einzigen anderen Dienstleister wurde die Erbringung der öffentlichen Versorgungsleistung unter Hinweis auf fehlende Finanzen verweigert. Das Problem wurde letztlich durch den Katastrophenschutz behoben, woraufhin die Müllabfuhr seither in allen 116 betroffenen Städten und Gemeinden wiederhergestellt wurde.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### WEITERHIN KEINE EINIGUNG AUF EINEN KANDIDATEN DER OPPOSITION FÜR DAS AMT DES BUDAPESTER OBERBÜRGERMEISTERS

Im Oppositionslager gibt es auch weiterhin keine Einigkeit hinsichtlich der Person des Kandidaten für das Amt des Budapester Oberbürgermeisters, das für diese Parteien außerordentlich relevant ist. Der Vorsitzende der liberalen, sich selbst gegenüber den „Parteien des 20. Jahrhunderts“ einordnenden Momentum-Bewegung, András Fekete-Győr, erklärte, die Kandidatur des Publizisten Róbert Puzsér um die Stadtführung nicht zu unterstützen. Puzsér sieht im Hintergrund dieser Ansage die Absicht

der Momentum-Bewegung, sich der MSZP anzunähern, was einen kompletten Glaubwürdigkeitsverlust der jungen Partei in den Augen ihrer potenziellen Wähler auslösen würde. Die Ankündigung von Fekete-Győr beleuchtet gleichzeitig die innerparteilichen Widersprüche, denn zuvor hatten sich mehrere Politiker der Bewegung, darunter das Mitglied des Parteipräsidiums, Tamás Soproni, positiv zu der Absicht von Puzsér geäußert, bei der Kommunalwahl antreten zu wollen. Der Standpunkt der LMP in dieser zunehmend einer Seifenoper ähnelnden Angelegenheit ist ebenfalls unklar. Dabei ist vielsagend, dass Puzsér auf Einladung des LMP-Politikers Péter Ungár in der vergangenen Woche auf der Sympathiekundgebung für die CEU das Wort ergreifen durfte.

Während die Opposition in Verbindung mit der Budapester Wahl, die allein schon wegen ihrer symbolischen Bedeutung nicht unterschätzt werden kann, in erster Linie mit den eigenen Personalien beschäftigt ist, kann sich der amtierende Oberbürgermeister István Tarlós, der im vergangenen Monat seine Bereitschaft zu einer weiteren Amtszeit kundtat, unter ruhigen Umständen auf den Wahlkampf vorbereiten. Im Gegensatz zur Opposition kann er obendrein konkrete Ergebnisse vorweisen: In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass die Verlängerung der U-Bahnlinie M3 in Richtung Norden in die Phase der ingenieurtechnischen Planung gelangt ist.

## IM NOVEMBER ÜBERPRÜFT MOODY'S DAS RATING DER UNGARISCHEN STAATSSCHULDEN

Ausgehend von der tendenziös günstigen Entwicklung der makroökonomischen Indikatoren eröffnet sich die Möglichkeit, die Einstufung Baa3 mit stabilem Ausblick aufzuwerten, wobei jedoch im laufenden Jahr zuvor weder S&P noch Fitch eine Korrektur des Ratings der ungarischen Staatsschulden vornahmen. Die kontinuierlich wachsende Volkswirtschaft, die ständig zurückgehende Erwerbslosigkeit sowie die abnehmenden und auch in Hinsicht auf das kommende Jahr sinkenden Staatsschulden haben in wirtschaftlicher Hinsicht ein gutes Klima in Ungarn geschaffen, zumal der gegenüber dem Ausland bestehende Schuldenberg in Devisen seit 2010 radikal abgetragen wurde. Nichtsdestotrotz gilt ein verbessertes Rating als wenig wahrscheinlich, stattdessen wird eine Bestätigung der aktuellen Einstufung die wirtschaftspolitischen Bestrebungen der Orbán-Regierung untermauern.



## PROGNOSE

- Der Justizminister wendet sich an die Venedig-Kommission, um den Gesetzentwurf eines gesondert aufzustellenden Verwaltungsgerichtswegs zu begutachten. László Trócsányi möchte auf diese Weise späteren Kritiken der Opposition und des Auslands vorweggreifen, die schon heute – ohne Kenntnis der inhaltlichen Elemente des Entwurfs – gegen die Konzeption Sturm laufen. Die Zielstellung des Gesetzentwurfs lautet, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, wobei das geplante System gesonderter Verwaltungsgerichte aller Voraussicht nach den internationalen Rechtsstandards gerecht wird.